

Betreff:

**Heimatspflege - hier: Ausgestaltung des Bürgersaals Mascherode in Vorbereitung auf das Jubiläumsjahr 2017**

**Entscheidung des Stadtbezirksrates 213 - Südstadt-Rautheim-Mascherode- vom 14. Juli 2015**  
**DGH Mascherode - Gestaltung der Westgiebelwand des Bürgersaales**

Organisationseinheit:

Dezernat III  
65 Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

Datum:

17.11.2015

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Kenntnis)

Sitzungstermin

01.12.2015

Status

Ö

**Sachverhalt:**

*Es wird beantragt, dass der Bezirksrat sein Einverständnis gibt, dass die Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Kunst der Raabeschule, unter der Leitung des Studiendirektors Jürgen B. Kuck, Entwürfe zur Ausgestaltung der großen Westgiebelwand innerhalb des Bürgersaales anfertigen.*

*Konzipierte Ergebnisse sollen dem Bezirksrat 213 und dann der Öffentlichkeit vorgelegt werden.*

*Über die spätere Realisierung, nicht Finanzierung, müsste der Bezirksrat nach Vorlage der Entwürfe dann entscheiden.*

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Verwaltung begrüßt das Engagement des Stadtbezirksrates sowie des Leistungskurses Kunst der Raabeschule bei der Ausgestaltung des Bürgersaales im DGH Mascherode.

Es wird darum gebeten, dass der FB 65 frühzeitig in die Beurteilung und Prüfung der Entwürfe und deren Gestaltung und Materialität eingebunden wird.

Leuer

*Betreff:*

**Behindertengerechter Zugang zur Bushaltestelle Julius-Elsterstraße, (Ostseite am Möncheweg)**

*Organisationseinheit:*

Dezernat III  
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

*Datum:*

17.11.2015

*Beratungsfolge*

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Kenntnis)

*Sitzungstermin*

01.12.2015

*Status*

Ö

### **Sachverhalt:**

#### Beschluss des Stadtbezirksrates:

Die Verwaltung wird beauftragt, dass im Bereich der Querungshilfe am Übergang zur Bushaltestelle Julius-Elster-Straße an der Ostseite des Möncheweges möglichst bald eine Bordsteinabsenkung durchgeführt wird, die den barrierefreien Zugang zur Bushaltestelle sicherstellt.

#### Entscheidung über den Vorschlag des Stadtbezirksrats nach § 94 (3) NKomVG:

Im Bereich der Querungshilfe am Übergang zur Bushaltestelle Julius-Elster-Straße wird 2015 an der Ostseite des Möncheweges eine provisorische Bordabsenkung hergestellt.

#### Begründung:

Ein barrierefreier Zugang aus dem Neubaugebiet zur Haltestelle an der westlichen Seite des Möncheweges ist derzeit nicht vorhanden.

Da im Zuge des Endausbaus des Neubaugebietes eine neue Querungshilfe im o. g. Bereich hergestellt wird, erfolgt in 2015 an dieser Stelle nur ein provisorischer Ausbau.

i. A. Warnecke

### **Anlage/n:**

keine

Betreff:  
**Wildwuchs im Stadtbezirk**

Empfänger: Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	Datum: 10.09.2015
---	----------------------

Beratungsfolge:		Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Entscheidung)	22.09.2015	Ö

**Sachverhalt:**

Viele Flächen in unserem Stadtbezirk werden durch Wildkräuter und junge Bäume verunstaltet. Insbesondere im Natalisweg und auf dem Lindenbergplatz hat der Wildwuchs einen sehr unansehnlichen Anblick geschaffen.

Wann ist bei den genannten Orten mit der nächsten Beseitigung der Wildkräuter und der jungen Bäume zu rechnen?

Gez.  
D. Stülzebach

**Anlage/n:**  
Keine

*Betreff:*  
**Wildwuchs im Stadtbezirk**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 67 Fachbereich Stadtgrün und Sport	<i>Datum:</i> 17.11.2015
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (zur Kenntnis)	01.12.2015	Ö

**Sachverhalt:**

Anfrage zur Sitzung des Stadtbezirksrates 213 am 22. September 2015:

„Viele Flächen in unserem Stadtbezirk werden durch Wildkräuter und junge Bäume verunstaltet. Insbesondere im Natalisweg und auf dem Lindenbergplatz hat der Wildwuchs einen sehr unansehnlichen Anblick geschaffen.

Wann ist bei den genannten Orten mit der nächsten Beseitigung der Wildkräuter und der jungen Bäume zu rechnen?“

Stellungnahme der Verwaltung:

Wie bei vielen kleinen Anliegerstraßen in Braunschweig ist auch im Natalisweg die Reinigung der Straße mit den Bürgersteigen gemäß der Straßenreinigungssatzung und Straßenreinigungsverordnung der Stadt Braunschweig an die Anlieger übertragen (Reinigungsklasse IV Ü, einmal in 14 Tagen). Die Reinigung beinhaltet auch das Entfernen von Wildkraut.

Die ALBA Braunschweig GmbH wurde gebeten, die betreffenden Anlieger aufzufordern, das Wildkraut von den Straßen- und Bürgersteigflächen im Natalisweg zu entfernen.

Das Wildkraut und die jungen Bäume auf dem Lindenbergplatz werden zeitnah entfernt.

Loose

**Anlage/n:**  
keine

Absender:

**Heinemann, Jutta - SPD-Fraktion im  
Stadtbezirksrat 213**

TOP 4.2  
**15-01114**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Notfallunterbringung von Flüchtlingen in der Turnhalle der GS  
Lindenbergsiedlung**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.11.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Beantwortung)

01.12.2015

Status

Ö

### Sachverhalt:

Die Stadt hat mitgeteilt, dass durch ihre Vorplanungen in Braunschweig etwa 800 Plätze zur Notfallunterbringung zur Verfügung stehen. Die Turnhalle der Grundschule Lindenbergsiedlung ist dabei für eine kurzzeitige, etwa zweitägige, Notfallunterbringung von etwa 150 Flüchtlingen aus Krisengebieten vorgesehen.

Diese Unterbringung könnte erfolgen, wenn unerwartet eine so große Zahl von Flüchtlingen in Braunschweig ankommt, dass die Notfallkapazitäten der Landesaufnahmebehörde (LAB) in Kralenriede nicht ausreichend sind.

Durch inzwischen verbesserte Koordinierung der Flüchtlingsströme durch Maßnahmen des Bundes und des Landes Niedersachsen ist eine Notfallunterbringung an der GS Lindenbergsiedlung zwar weniger wahrscheinlich geworden, aber sicher immer noch möglich.

Nicht bekannt ist in der Öffentlichkeit, wie das Nebeneinander von Flüchtlingen und Grundschule Lindenbergsiedlung konkret geplant ist und organisiert werden soll. So ist nicht bekannt, durch welche Maßnahmen und mit welcher personellen Ausstattung der Betrieb der Notunterkunft für die Flüchtlinge gewährleistet wird und wie hier das Nebeneinander von Flüchtlingen und der Grundschule mit ihren Schülerinnen und Schülern konkret geplant wird.

### Wir Fragen die Verwaltung:

1. Wie sieht das Notfallkonzept in Bezug auf Organisation sowie personelle und sachliche Ausstattung für die kurzzeitige Unterbringung von etwa 150 Flüchtlingen aus?
2. Durch welche Maßnahmen wird der weitgehend ungestörte Betrieb der Grundschule ermöglicht und das Nebeneinander der Schülerinnen und Schüler mit den Flüchtlingen auf dem Schulgelände und dem näheren Umfeld unterstützt?
3. Wie wird sichergestellt, dass die Flüchtlinge in der Turnhalle gut untergebracht sind und deren Bedürfnisse zum Beispiel nach Sicherheit, Hygiene, Bewegungsfreiheit, Verständigung und Information angemessen berücksichtigt wird.

gez.

Jutta Heinemann  
Fraktionsvorsitzende

### Anlagen:

keine

Absender:

**SPD-Fraktion Stadtbezirksrat 213**

TOP 4.3  
**15-00709**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Flüchtlingsproblematik**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

10.09.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(Entscheidung)

22.09.2015

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Es ist nicht abzusehen, wie lange der Flüchtlingsstrom noch anhält. Da der Winter vor der Tür steht, würden wir gerne wissen, ob es der Stadt Braunschweig möglich ist, die HDL-Kaserne einige Monate als Unterkunft für Flüchtlinge zu nutzen?

Gez.

Jutta Heinemann

**Anlage/n:**

*Betreff:*

**Unterbringung von Flüchtlingen in der Heinrich-der-Löwe-Kaserne**

*Organisationseinheit:*

Dezernat III  
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

*Datum:*

17.11.2015

*Beratungsfolge*

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(Entscheidung)

*Sitzungstermin*

01.12.2015

*Status*

Ö

**Sachverhalt:**

Anfrage:

Die SPD-Fraktion hat im Stadtbezirksrat 213 mit Datum vom 10.09.2015 angefragt:

„Es ist nicht abzusehen, wie lange der Flüchtlingsstrom noch anhält. Da der Winter vor der Tür steht, würden wir gerne wissen, ob es der Stadt Braunschweig möglich ist, die Heinrich-der-Löwe-Kaserne einige Monate als Unterkunft für Flüchtlinge zu nutzen?“

Antwort der Verwaltung:

Auf dem Gelände der früheren Heinrich-der-Löwe-Kaserne in Rautheim soll u. a. ein großes Wohngebiet entstehen. Der Projektentwickler Kanada-Bau will in Einfamilien-, Reihen- und Mehrfamilienhäusern 400 Wohneinheiten schaffen. Außerdem sind Büroflächen, Gastronomie und Nahversorgungszentrum u. a. mit einem Lebensmittelmarkt geplant. Im nächsten Jahr soll die Erschließung beginnen. Dafür müssen die Kasernengebäude abgerissen werden.

Eine Nutzung der Heinrich-der-Löwe-Kaserne für die Unterbringung von Flüchtlingen würde das geplante Wohnprojekt und damit den Bau der dringend benötigten Wohnungen verzögern und dem Ziel einer Entspannung des Wohnungsmarktes zuwiderlaufen. Vor diesem Hintergrund ist dieses Objekt für die Unterbringung von Flüchtlingen nicht geeignet.

I. A.

Warnecke

**Anlage/n:**

*Absender:***Heinemann, Jutta - SPD-Fraktion im  
Stadtbezirksrat 213****15-01113**  
Anfrage (öffentlich)*Betreff:***Breitbandausbau***Empfänger:*Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister*Datum:*

11.11.2015

*Beratungsfolge:*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Beantwortung)

01.12.2015

*Status*

Ö

**Sachverhalt:**

Breitbandausbau im Stadtbezirk 213

**Wir fragen die Verwaltung:**

1. Warum wurde der Stadtbezirk 213 bis heute nicht flächendeckend ausgestattet?  
(siehe Roselies-Nord und Mastbruchsiedlung)
2. Bis wann soll der Ausbau hier stattfinden?
3. Eine Infoveranstaltung mit Teilnehmern der Verwaltung und der Telekom sollte hier stattfinden, damit die Bürger auch ihre Fragen stellen können.  
Wann kann diese terminiert werden?

gez.

Jutta Heinemann  
Fraktionsvorsitzende**Anlagen:**

keine

Betreff:  
**Kreisel Dedekindstraße auf dem Möncheweg**

Empfänger: Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	Datum: 10.09.2015
---	----------------------

Beratungsfolge:		Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Vorberatung)	22.09.2015	Ö

**Sachverhalt:**

Bei Regenfällen stehen umfangreiche Bereiche des Kreisels Dedekindstraße – Möncheweg umgehend unter Wasser, dass offenbar nicht abfließen kann.

Ist eine ausreichend gestaltete Regenwasserführung vorhanden? Wie kommt es zu den Wasserlachen? Wird dieser verbesserungswürdige Zustand, bald noch vor Winterbeginn behoben?

Gez.  
D. Stülzebach

**Anlage/n:**  
Keine

*Betreff:*  
**Kreisel Dedekindstraße auf dem Möncheweg**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	<i>Datum:</i> 17.11.2015
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (zur Kenntnis)	01.12.2015	Ö

**Sachverhalt:**

Anfrage der CDU-Fraktion:

Bei Regenfällen stehen umfangreiche Bereiche des Kreisels Dedekindstraße - Möncheweg umgehend unter Wasser, dass offenbar nicht abfließen kann.

Ist eine ausreichend gestaltete Regenwasserführung vorhanden? Wie kommt es zu den Wasserlachen? Wird dieser verbesserungswürdige Zustand, bald noch vor Winterbeginn behoben?

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Überprüfung der Entwässerungssituation der Bereiche um den Kreisverkehrsplatz Möncheweg/Höhe Dedekindstraße hat stattgefunden.  
Die vorhandenen Entwässerungsanlagen sind ausreichend dimensioniert.  
Um eventuelle Ablagerungen zu beseitigen, wurde eine Reinigung der Regenwasserkanäle/ Straßenabläufe beauftragt. Die Reinigung wird vor Winterbeginn stattfinden.

i. A. Warnecke

**Anlage/n:**  
keine

Absender:

**CDU-Fraktion im StBezR 213**

TOP 4.6

**15-01200**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Kriterien zur Verteilung der Flüchtlinge auf das Stadtgebiet**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.11.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Beantwortung)

01.12.2015

Status

Ö

### Sachverhalt:

Sicher mag es Gründe geben, weshalb die Verwaltung die Turnhalle der Grundschule Lindbergsiedlung zur vorübergehenden Belegung mit Flüchtlingen in Notfällen ausgesucht hat. Vereine, Eltern, SchülerInnen, SchulleiterInnen und der Bezirksrat haben darüber nur über Umwege bzw. über die Presse etwas erfahren. Die Entscheidung war für viele nicht nachvollziehbar. Innerhalb des Bezirkes scheinen andere Sportstätten geeigneter. Fundierte Informationen und klar benannte Kriterien, nach denen Flüchtlinge verteilt werden und welche die aufnehmenden Stätten erfüllen sollten, wären eine gute Grundlage, um die Menschen vor Ort zu informieren, Fragen zu beantworten und für Akzeptanz zu sorgen.

Deshalb möchten wir wissen, nach welchen Kriterien eine Zuweisung erfolgt und welche Kriterien an möglicherweise geeignete Stätten gestellt werden.

gez. D. Stülzebach    gez. S. Heine

### Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU-Fraktion im StBezR 213**

TOP 4.7

**15-01194**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Ausweisung der Fluchtwege im Gemeindehaus in Mascherode**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.11.2015

Beratungsfolge:

		Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (zur Beantwortung)	01.12.2015	Ö

### Sachverhalt:

Die Auszeichnung der Fluchtwege im Gemeindehaus in Mascherode wurde bei Einbau des Personenaufzuges teilweise entfernt.

Entspricht der jetzige Zustand den Erfordernissen der gültigen Brandschutzregelung, die die Anbringung eines Fluchtwegeplans beinhaltet, oder war das Resultat der Demontage fehlerhaft?

gez. D. Stülzebach

### Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU-Fraktion im StBezR 213**

TOP 4.8

**15-01190**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Straßenzustand Sandgrubenweg**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.11.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Beantwortung)

01.12.2015

Status

Ö

### Sachverhalt:

Durch die Verlegung von Versorgungsleitungen sind die Fahrbahn und der Fußweg des Sandgrubenweges arg in Mitleidenschaft gezogen worden. Dieser Zustand hat sich auch nach dem Schließen der Baugruben und dem Abschluss der Arbeiten nicht ausreichend verbessert.

Wann werden die beanstandeten Mängel beseitigt?

gez. D. Stülzebach

### Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU-Fraktion im StBezR 213**

TOP 4.9

**15-01189**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Verbindungsanschlüsse Möncheweg - Roselies**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.11.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Beantwortung)

01.12.2015

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Die Verbindungsanschlüsse vom Wohngebiet Roselies zum Möncheweg sind noch nicht realisiert worden.

Werden diese Verbindungen noch in diesem Jahr oder zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt?

gez. D. Stülzebach

**Anlage/n:**

keine

Absender:

**CDU-Fraktion im StBezR 213**

TOP 4.10

**15-01188**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Laub auf dem Weg Ehrlichstraße durch den Park zur Schule**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.11.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Beantwortung)

01.12.2015

Status

Ö

**Sachverhalt:**

Berge von zusammengefügtem Laub behindern den Weg von der Ehrlichstraße durch den Park zur Schule. Die Steigung in diesem Bereich erhöht zusätzlich zum Laub die Rutschgefahr der Nutzerinnen und Nutzer des Weges.

Wir bitten um baldige Beseitigung dieses Missstandes.

gez. D. Stülzebach

**Anlage/n:**

keine

Absender:

**CDU-Fraktion im StBezR 213**

TOP 4.11

**15-01186**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Brandschutzauflagen in Schulen**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.11.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Beantwortung)

01.12.2015

Status

Ö

### Sachverhalt:

Die Brandschutzauflagen verbieten in den Fluren von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden die Aufbewahrung von Kleidungsstücken, Bildern oder anderen Gegenständen. Eine Folge davon ist die Aufbewahrung von Jacken, Mänteln und anderer Kleidungsstücke in den Klassenräumen der Schulen über den Rückenlehnen der Stühle der einzelnen Schülerinnen und Schüler.

Wann können die Schulen mit einer Lösung rechnen, die eine adäquate Aufbewahrung dieser Kleidungsstücke darstellt?

gez. D. Stülzebach

### Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU-Fraktion im StBezR 213**

TOP 4.12

**15-01185**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Asphaltdecke des Pausenhofes der Grundschule  
Lindenbergsiedlung**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.11.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Beantwortung)

01.12.2015

Status

Ö

### Sachverhalt:

Die Asphaltdecke des Pausenhofes der Grundschule Lindenbergsiedlung weist Löcher und daher Unebenheiten auf, die eine Gefährdung darstellen.

Wird die Änderung dieses verbesserungswürdigen Zustandes noch in diesem Jahr erfolgen?  
Oder ist ein anderer Zeitpunkt vorgesehen?

gez. D. Stülzebach

### Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU-Fraktion im StBezR 213**

TOP 4.13

**15-01184**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Fußweg Schule Lindenberg**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.11.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(zur Beantwortung)

01.12.2015

Status

Ö

### Sachverhalt:

Nach Abschluss der Bauarbeiten in der Bunsenstraße wurden auf dem Fußweg die durch Materiallagerungen hervorgerufenen Schäden nur unzureichend ausgebessert.

Wann wird dieser Missstand behoben, so dass eine normale Nutzung des Fußweges wieder möglich sein wird?

gez. D. Stülzebach

---

### Anlage/n:

keine

*Betreff:***Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Städtischen Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsordnung)***Organisationseinheit:*Dezernat VII  
67 Fachbereich Stadtgrün und Sport*Datum:*

06.11.2015

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 113 Hondelage (Anhörung)	09.11.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	11.11.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Anhörung)	12.11.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (Anhörung)	23.11.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 223 Broitzem (Anhörung)	24.11.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (Anhörung)	24.11.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Veltenhof-Rühme (Anhörung)	25.11.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien (Anhörung)	26.11.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Anhörung)	01.12.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehndorf-Watenbüttel (Anhörung)	02.12.2015	Ö
Grünflächenausschuss (Vorberatung)	02.12.2015	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Anhörung)	03.12.2015	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	15.12.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.12.2015	Ö

**Beschluss:**

„Die Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Städtischen Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsordnung) in der als Anlage 1 beigefügten Fassung wird beschlossen.“

**Sachverhalt:**Begründung:

Die zurzeit gültige Satzung über die Benutzung der städtischen Friedhöfe in der Stadt Braunschweig wurde in ihren Grundlagen vom Rat am 5. Juli 2005 beschlossen und zuletzt mit der dritten Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Städtischen Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsordnung) vom 21. Oktober 2014 geändert.

Anlass für die nunmehr empfohlenen Änderungen der Satzung sind im Wesentlichen

- notwendige Anpassungen an das Niedersächsische Bestattungsgesetz und das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz,
- die Änderung des Begriffes „Blindenhunde“ zu „Assistenzhunde“ nach § 4 Abs. 8 Hundesteuersatzung gemäß Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 15. Juli 2014,
- inhaltliche Vereinfachungen und Konkretisierungen der Friedhofsordnung,
- die Privatisierung des Krematoriums und die Inbetriebnahme des Ritualen Waschhauses mit Gebetsplatz,
- die Widmung des historischen Reformierten Friedhofs und die damit verbundene grundsätzliche Aktivierung für Belegungszwecke.

Die empfohlenen Satzungsänderungen werden wie folgt erläutert:

1. § 1 Abs. 1

Die Anschrift Stadtfriedhof, Helmstedter Straße 54 c, existiert im Straßenverzeichnis nicht mehr. Die Adresse des neuen Teils des Stadtfriedhofs lautet jetzt Stadtfriedhof, Franz-Frese-Weg 3.

Die weiteren für den Stadtfriedhof aufgeführten Anschriften Stadtfriedhof, Helmstedter Straße 38 a (alter Teil Stadtfriedhof) und 42 (Torhaus), werden beibehalten. Da sich die Feierhalle 1 außerhalb des Stadtfriedhofgeländes befindet, ist sie zusätzlich als öffentliche Einrichtung aufzunehmen. Ebenso wird der Reformierte Friedhof aufgenommen. Der Reformierte Friedhof, Juliusstraße Ecke Sophienstraße, ist neben dem Garnisonsfriedhof der einzige historische Friedhof, der sich im Eigentum der Stadt Braunschweig befindet. Angestrebt wird, in einem historischen Umfeld, ein besonderes Beisetzungsangebot ab dem Jahr 2016 zu schaffen.

2. § 2 Abs. 5

Der Umgang mit Urnengrabstätten im Falle einer Entwidmung bzw. Außerdienststellung bezüglich einer Ersatzgrabstätte oder deren Herrichtung wurde bislang nicht geregelt. Durch den Entfall des Wortteils „Erd“ werden nun alle Grabstätten erfasst.

3. § 4 Abs. 2 lit. a)

Kinderwagen und Rollstühle sind in der Satzung nicht explizit zu regeln und werden aus diesem Grund in § 4 Abs. 2 lit. a) nicht mehr aufgeführt. Die weitere Änderung des Abs. 2 lit. a) ist redaktioneller Art.

§ 4 Abs. 2 lit. c)

Die Einschränkung bei der Ausführung gewerblicher Tätigkeiten auf dem Friedhof wird mit der vorgeschlagenen Änderung zeitlich näher bestimmt.

§ 4 Abs. 2 lit. h)

Der Ersatz des Wortes „Blindenhund“ durch die Bezeichnung „ausgebildeter Assistenzhund“ ist in Anlehnung an die Änderung des § 4 Nr. 8 der Hundesteuersatzung gemäß Ratsbeschluss vom 15.07.2014 erforderlich.

## 4. Überschrift Abschnitt III.

Der Begriff Feuerbestattung beinhaltet auch den Vorgang der Kremierung. Durch die Privatisierung des Krematoriums wird diese Leistung von der Stadt Braunschweig nicht mehr angeboten. Urnenbeisetzungen sind aber weiterhin Bestandteil des Leistungsangebotes der Stadt. Dies soll mit der Änderung der Überschrift verdeutlicht werden.

## 5. § 6 Abs. 1

Durch die Privatisierung des Krematoriums sind Feuerbestattungen nicht mehr bei der Stadt Braunschweig zu beantragen. Auf die Notwendigkeit, die weiter angebotenen Leistungen der Urnenbeisetzungen bei der Stadt Braunschweig zu beantragen, wird mit der vorgeschlagenen Änderung des § 6 Abs. 1 hingewiesen.

Darüber hinaus wird im letzten Satz eine inhaltliche Konkretisierung vorgenommen, da Urnenbeisetzungen „unter dem grünen Rasen“ in anderen Grabfeldern mit Teilnahme möglich sind.

## 6. § 6 Abs. 3

Der bisherige Satz 3 wird gestrichen, da der Sachverhalt bereits in § 9 Abs. 2 des Niedersächsischen Bestattungsgesetzes geregelt ist. Stattdessen werden die Tage, an denen keine Bestattungen durchgeführt werden, nunmehr in der Friedhofsordnung konkretisiert.

## 7. § 6 Abs. 4

Durch die Privatisierung des Krematoriums wird die Kremierung als Teilleistung der Feuerbestattung von der Stadt Braunschweig nicht mehr angeboten.

Die Herstellung von Erd- und Urnengrabstätten obliegt ausschließlich der Stadt. Eine eventuelle Beauftragung von Dienstleistern ist in der Friedhofsordnung nicht regelungsbedürftig.

## 8. § 7 Abs. 3

Die Satzergänzung ist erforderlich, um bei abweichenden Sarggrößen (die in den letzten Jahren zunehmend auftreten) durch ausreichend große Gräfte einen reibungslosen Bestattungsablauf sicherzustellen.

## 9. § 7 Abs. 5

Neben einer redaktionellen Anpassung ist die Änderung des Abstandes zwischen den Gräbern um 0,1 m aus Gründen der Arbeitssicherheit und Unfallverhütung erforderlich.

## 10. § 7 Abs. 6

Dieser Absatz entfällt, da die Bestattungsfristen in § 9 Abs. 2 des Niedersächsischen Bestattungsgesetzes geregelt sind.

## 11. § 7 Abs. 7

Der Abs. 7 des § 7 entfällt, da die Ruhezeiten in § 14 des Niedersächsischen Bestattungsgesetzes geregelt sind.

## 12. § 7 Abs. 8

Auf Grund des Wegfalls der Absätze 6 und 7 wird der bisherige Absatz 8 zum neuen Absatz 6.

## 13. § 8 Überschrift

Die Überschrift wird wie in § 7 als Mehrzahl benannt.

## 14. § 8 Abs. 1 S. 3

Da es keine gesetzlichen Vorgaben für Überurnen aus Kunststoff für Beisetzungs-zwecke gibt, entfällt die bisherige Einschränkung. Die Ergänzung in Satz 3 ist notwendig, um bei abweichenden Urnen- und Überurnengrößen (die in den letzten Jahren vermehrt auftreten) durch ausreichend große Gruben zur Aufnahme der Urnen und Überurnen einen reibungslosen Bestattungsablauf sicherzustellen. Die Ergänzung des Satz 4 berücksichtigt die Besonderheiten des Reformierten Friedhofs.

## 15. § 8 Abs. 1 S. 4

Die neue Regelung entspricht dem besonderen Charakter des Reformierten Friedhofs.

## 16. § 8 Abs. 2

Der Absatz entfällt, da der Sachverhalt bereits in § 14 des Niedersächsischen Bestattungsgesetzes geregelt ist.

## 17. § 8 Abs. 3

Auf Grund des Wegfalls des bisherigen Abs. 2 wird Abs. 3 zu Abs. 2.

## 18. § 8 Abs. 4

Der Absatz entfällt, da der Sachverhalt keiner satzungsrechtlichen Regelung bedarf.

## 19. § 9 Abs. 3

Der Absatz entfällt, da der Sachverhalt bereits in § 15 des Niedersächsischen Bestattungsgesetzes geregelt ist.

## 20. § 10 Abs. 3

Der Absatz entfällt, da der Sachverhalt bereits in § 15 des Niedersächsischen Bestattungsgesetz geregelt ist.

## 21. § 12 Abs. 1

Es erfolgt eine redaktionelle Klarstellung, nachdem in einem gerichtlichen Verfahren eine Unklarheit aufgetreten ist.

## 22. § 12 Abs. 4

Im Bereich der Urnengrabstätten wird, neben einer redaktionellen Anpassung unter b), unter g) eine dem Reformierten Friedhof entsprechende Urnengrabstätte, welche dem besonderen Charakter dieses Friedhofs entspricht, angeboten.

## 23. § 12 Abs. 5

Der Absatz entfällt, da der Sachverhalt in § 15 Abs. 1 der Satzung geregelt ist.

## 24. § 13 Überschrift

Die Überschrift des Paragrafen wird geändert, da man bei Erdbegräbnissen von Erdbestattungen und bei Urnenbegräbnissen von Urnenbeisetzungen spricht.

## 25. § 13 Abs. 1

Da gem. § 14 des Niedersächsischen Bestattungsgesetzes die Ruhezeit generell 20 Jahre beträgt und Abweichungen möglich sind, ist eine weitergehende Regelung entbehrlich. Durch den Wegfall der §§ 7 Abs. 7 und 8 Abs. 2 ist der Bezug des § 13 Abs. 1 auf diese Paragrafen nicht mehr gegeben.

Die Anlage von Reihengräbern besteht auf allen von der Stadt Braunschweig verwalteten Friedhöfen. Daher entfällt der Hinweis auf Reihengräber auf dem Stadtfriedhof. Darüber hinaus erfolgen redaktionelle Konkretisierungen.

## 26. § 13 Abs. 2

Der Abs. 2 des § 13 entfällt, da die Ruhezeiten in § 14 des Niedersächsischen Bestattungsgesetzes geregelt sind.

## 27. § 13 Abs. 3

Abs. 3 des § 13 wird gestrichen, da kein legitimes Interesse an einer solchen Regelung besteht.

## 28. § 13 Abs. 4

Durch den Wegfall der Absätze 2 und 3 wird der Absatz 4 zu Absatz 2. Das Wort „Beisetzungen“ wird geändert, da man bei Erdbegräbnissen von Erdbestattungen spricht.

## 29. § 13 Abs. 5

Durch den Wegfall der Absätze 2 und 3 wird der Absatz 5 zu Absatz 3. Die Erdbestattungen in Erdgemeinschaftsgräbern werden nicht anonym durchgeführt, wodurch dieser Hinweis entfällt. Da an den Gemeinschaftsgrabmalen nicht zwangsläufig Schriftplatten mit den Namen und Daten der Bestatteten befestigt werden, sondern hier auch andere Möglichkeiten zum Tragen kommen können, um auf die Verstorbenen hinzuweisen, ist die Änderung des Textes erforderlich.

Die gesetzliche Mindestruhezeit ist in § 14 Niedersächsisches Bestattungsgesetz geregelt, sodass hier kein besonderer Hinweis auf die Ruhezeit erforderlich ist.

## 30. § 14 Abs. 1

Da der bisherige § 8 Abs. 2 entfällt, wird der Hinweis auf diesen Paragrafen gestrichen.

## 31. § 14 Abs. 2 lit. a)

Der dritte Satz unter dem Buchstaben a) wird gestrichen, da der Sachverhalt keiner satzungsrechtlichen Regelung bedarf.

## 32. § 14 Abs. 2 lit. b) S.1

Da die Urnenbeisetzungen in Urnengemeinschaftsanlagen nicht anonym durchgeführt werden, entfällt dieser Hinweis.

## 33. § 14 Abs. 2 lit. b) S.3

Da auf den Gemeinschaftsgrabmalen nicht zwangsläufig Schriftplatten mit den Namen und Daten der Beigesetzten befestigt werden, sondern auch andere Möglichkeiten zum Tragen kommen können, um auf die Verstorbenen hinzuweisen, ist die Änderung des Textes erforderlich.

## 34. § 15 Abs. 1

Der Sachverhalt des entfallenen § 12 Abs. 5 wird durch Änderungen des § 15 Abs. 1 jetzt hier beschrieben. Da die §§ 7 Abs. 7 und 8 Abs. 2 entfallen, ist der Bezug des § 15 Abs. 1 auf diese Paragraphen nicht mehr gegeben. Die weiteren Ergänzungen des Abs. 1 dienen der Konkretisierung.

## 35. § 15 Abs. 2 S.1

Da der Wiedererwerb des Nutzungsrechtes auch mehrfach erfolgen kann, wird das Wort „einmal“ gestrichen.

## 36. § 15 Abs. 2 S.5

Satz 5 wird gestrichen, da er durch die Änderung in Satz 1 obsolet ist.

## 37. § 15 Abs. 7 S.1

Da die §§ 7 Abs. 7 und 8 Abs. 2 entfallen, ist der Bezug des § 15 Abs. 7 auf diese Paragraphen nicht mehr gegeben.

## 38. § 15 Abs. 7 S. 2

Die redaktionelle Anpassung dient der Konkretisierung.

## 39. § 19 Satz 3

Satz 3 des Paragraphen wird gestrichen, da der Sachverhalt keiner konkreten Regelung durch die Friedhofsverwaltung bedarf.

## 40. § 20 Überschrift

Die Änderung der Überschrift erfolgt aus Gründen der Anpassung an den allgemeinen Sprachgebrauch.

## 41. § 20 Abs. 2 Satz 2

Da an den Gemeinschaftsgrabstätten keine Nutzungsrechte bestehen, ist der Hinweis auf den Haftungsausschluss nicht erforderlich.

## 42. § 23 Abs. 2

Die Ergänzungen des § 23 sind zur Konkretisierung der Benutzungsbedingungen erforderlich.

## 43. § 23 Abs. 4

Der Absatz entfällt, da der Sachverhalt in § 7 Niedersächsisches Bestattungsgesetz geregelt ist.

## 44. § 24 Abs. 1

Da der § 24 nur einen Absatz enthält, entfällt der Hinweis auf Abs. 1. Durch die Einrichtung des rituellen Waschhauses sowie der Aufnahme der Feierhalle 1 in die Satzung ist die textliche Ergänzung erforderlich.

## 45. § 24 Abs. 2

Der Abs. 2 wird gestrichen, da der Sachverhalt in der Friedhofsgebührensatzung geregelt ist.

## 46. § 27 Abs. 1

Die Änderungen im ersten Halbsatz sind auf Grund notwendiger Anpassungen an die Gesetzgebung erforderlich.

Durch den Wegfall der Absätze 6 und 7 des § 7 der Satzung ist § 27 Abs. 1 S.1 Nr. 4 zu korrigieren. Da der § 10 Abs. 3 entfällt ist § 27 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 zu korrigieren. Ebenso entfällt § 23 Abs. 4 der Satzung, wodurch § 27 Abs. 1 S. 1 Nr. 12 gestrichen wird.

Die Zuständigkeit des Rates für die Beschlussfassung zur Friedhofsordnung ergibt sich aus dem § 58 Abs. 1 Nr. 5 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz, wonach der Rat (die Vertretung) über Satzungen und Verordnungen beschließt.

Geiger

**Anlage/n:****Anlage 1:**

Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Städtischen Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsordnung)

**Anlage 2:**

Gegenüberstellung der bisherigen und der neuen Satzungstexte der Friedhofsordnung

**Vierte Satzung  
zur Änderung der Satzung  
über die Benutzung der Städtischen Friedhöfe  
in der Stadt Braunschweig  
(Friedhofsordnung)**

Auf Grund der §§ 10 und 13 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVGI. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2014 (Nds. GVBl. S. 434), und des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen vom 8. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 381) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 21. Dezember 2015 folgende Satzung beschlossen:

**Artikel I**

Die Satzung über die Benutzung der Städtischen Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsordnung) vom 5. Juli 2005 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 7 vom 24. Juli 2005), zuletzt geändert durch die Dritte Änderungssatzung vom 21. Oktober 2014 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 16 vom 19. November 2014, S. 67), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 S. 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Friedhöfe (Stadtfriedhof Helmstedter Straße 38 a, 42 und Franz-Frese-Weg 3 und die Friedhöfe der ehemaligen Ortsteile Bevenrode, Bienrode, Broitzem, Harxbüttel, Hondelage, Lamme, Rautheim, Rünigen, Schapen, Stöckheim, Thune, Timmerlah, Volkmarode, Waggum, Wenden und der Friedhof Veltenhof sowie der Reformierte Friedhof) und die Feierhalle 1, Helmstedter Straße 38 a sind öffentliche Einrichtungen der Stadt Braunschweig.“

2. § 2 Abs. 5 S.1 wird wie folgt geändert:

„Alle Grabstätten nach Abs. 3 und 4 sind von der Stadt kostenfrei in ähnlicher Weise wie die außer Dienst gestellten oder entwidmeten Grabstätten herzurichten. Die Ersatzgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechtes.“

3. § 4 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,

- a) Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren; Für Berechtigte nach § 5 gilt dies nicht,
- b) Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen, sowie gewerbliche Dienste anzubieten,
- c) an Sonn- und Feiertagen, an Sonnabenden ab 13.00 Uhr oder in der Nähe einer Bestattung oder Beisetzung gewerbliche Arbeiten auszuführen,
- d) gewerbsmäßig ohne Genehmigung des Nutzungsberechtigten zu fotografieren,
- e) Druckschriften zu verteilen,
- f) den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Grabstätten unberechtigt zu betreten,
- g) zu lärmern und zu spielen,
- h) Tiere – ausgenommen ausgebildete Assistenzhunde - mitzuführen,
- i) Blumen, Pflanzen, Sträucher, Erde und dergleichen widerrechtlich zu entfernen,
- j) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern.

4. Die Überschrift des Abschnitts III. wird wie folgt gefasst:  
„Erbbestattungs- und Urnenbeisetzungsvorschriften“
5. § 6 Abs. 1 S. 1 und S.2 erhalten folgende Fassung:  
  
„Erbbestattungen und Urnenbeisetzungen sind bei der Stadt unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen zu beantragen. Beisetzungen im anonymen Urnenhain erfolgen grundsätzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit.“
6. § 6 Abs. 3 S. 3 wird wie folgt geändert:  
  
„Tage, an denen keine Bestattungen und Beisetzungen vorgenommen werden, sind Sonn- und Feiertage sowie der 24. und 31. Dezember.“
7. § 6 Abs. 4 erhält folgende Fassung:  
  
„Die Durchführung von Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen obliegt unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften der Stadt.“
8. § 7 Abs. 3 wird um folgenden Satz 7 ergänzt:  
  
„Abweichende Sarggrößen sind rechtzeitig, mindestens drei Tage vor Bestattung, bei der Friedhofsverwaltung anzuzeigen.“
9. § 7 Abs. 5 erhält folgende Fassung:  
  
„Aushub und Wiederverfüllen der Gräber ist Angelegenheit der Friedhofsverwaltung und wird im Auftrage des Nutzungsberechtigten durchgeführt. Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,9 m. Der Abstand zwischen den Gräbern muss mindestens 0,4 m betragen.“
10. § 7 Abs. 6 wird gestrichen.
11. § 7 Abs. 7 wird gestrichen.
12. § 7 Abs. 8 wird in § 7 Abs. 6 geändert.
13. Die Überschrift des § 8 wird in „Urnenbeisetzungen“ geändert.
14. § 8 Abs.1 S. 3 erhält folgende Fassung:  
  
„Überurnen mit einer Höhe über 30 cm oder einem Durchmesser mit mehr als 20 cm sind rechtzeitig, mindestens drei Tage vor der Beisetzung, bei der Friedhofsverwaltung anzuzeigen.“
15. § 8 Abs. 1 wird um folgenden Satz 4 ergänzt:  
  
„Bei Urnenbeisetzungen auf dem Reformierten Friedhof sind nur Urnen und Überurnen aus biologisch abbaubarem Material zulässig.“
16. § 8 Abs. 2 wird gestrichen.
17. § 8 Abs. 3 wird in § 8 Abs. 2 geändert.
18. § 8 Abs. 4 wird gestrichen.

19. § 9 Abs. 3 wird gestrichen.

20. § 10 Abs. 3 wird gestrichen.

21. § 12 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Wahlmöglichkeit beinhaltet nicht das Vorhalten der in Abs. 4 aufgeführten Erd- und Urnengrabstätten auf jedem Friedhof, sondern bezieht sich auf das gesamte Stadtgebiet.“

22. Der § 12 Abs. 4 wird im Abschnitt „Urnengrabstätten“ wie folgt geändert:

„b) Urnengrabstätten ab 1,5 m<sup>2</sup>  
und  
„g) Urnensondergräber auf dem Reformierten Friedhof“

23. § 12 Abs. 5 wird gestrichen.

24. Die Überschrift des § 13 wird wie folgt geändert:

„§ 13 Grabstätten zur Erdbestattung“

25. § 13 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Nutzungsrechte bei Wahlgräbern müssen bei nachfolgenden Bestattungen für die Dauer der gesetzlichen Ruhezeit verlängert werden. Ein Grab kann für die Dauer der Ruhezeit nur mit einer Leiche belegt werden. Nach jeder Erdbestattung auf einem Wahlgrab können nachfolgend auf Antrag bis zu acht Urnenbeisetzungen erfolgen, soweit keine wichtigen Gründe entgegenstehen. Ist eine Erdgrabstätte mit Urnen voll belegt und befinden sich in ihr Urnen, deren Ruhezeit abgelaufen ist, so können an Stelle dieser Urnen auf Antrag des Nutzungsberechtigten weitere Urnen beigesetzt werden. Die Urnen, deren Ruhezeit abgelaufen ist, werden in der Urnenruhestätte beigesetzt. Sie werden nicht mehr nachgewiesen. Reihengräber können nur mit einer Leiche belegt werden. Eine Nutzungsrechtsverlängerung ist ausgeschlossen.“

26. § 13 Abs. 2 wird gestrichen.

27. § 13 Abs. 3 wird gestrichen.

28. § 13 Abs. 4 wird zu § 13 Abs. 2 und in S. 1 wird das Wort „Beisetzungen“ durch „Bestattungen“ ersetzt.

29. § 13 Abs. 5 wird zu § 13 Abs. 3 und wie folgt gefasst:

„Erdgemeinschaftsgräber sind Grabstätten, auf denen Erdbestattungen durchgeführt werden. Auf Wunsch der Hinterbliebenen kann die Bestattung im Beisein von Angehörigen durchgeführt werden. Die Grabstätte erhält ein Gemeinschaftsgrabmal mit den Namen der dort Bestatteten. Die Pflege der Grabstätte wird für die Dauer der Nutzungszeit gewährleistet. Ein Nutzungsrecht besteht nicht. Eine Verlängerung ist ausgeschlossen. Die Bestattung erfolgt der Reihe nach. Ein Anspruch auf eine besondere Lage innerhalb der Grabstätte besteht nicht. Diese Bestattungsart kann sowohl auf dem Stadtfriedhof als auch auf den Ortsteilfriedhöfen erfolgen.“

30. In § 14 Abs. 1 wird unter Buchstabe b) der Verweis „(§ 8 Abs. 2)“ gestrichen.

31. In § 14 Abs. 2 wird unter Buchstabe a) der Satz 3 gestrichen.

- 32.** In § 14 Abs. 2 Buchstabe b) Satz 1 wird das Wort „anonym“ gestrichen.
- 33.** In § 14 Abs. 2 Buchstabe b) Satz 3 werden die Worte „mit Schriftplatten“ gestrichen.
- 34.** § 15 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
- „Das Nutzungsrecht wird für die Dauer der gesetzlichen Ruhezeit zum Zwecke der sofortigen Belegung vergeben. Eine verkürzte Ruhezeit bzw. ein verkürztes Nutzungsrecht kann unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen festgelegt werden. Ein Vorauserwerb des Nutzungsrechtes kann bei Wahlgrabstätten von der Friedhofsverwaltung zugelassen werden. Die Laufzeiten der Nutzungsrechte beginnen mit dem Tag der Bestandskraft des Gebührenbescheides. Bei Reihengrabstätten ist ein Vorauserwerb ausgeschlossen. Soweit die Hinterbliebenen keine bestimmte Person als Nutzungsberechtigten benannt haben, behält der Kostenträger das Nutzungsrecht.“
- 35.** In § 15 Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „einmal“ gestrichen.
- 36.** In § 15 Abs. 2 wird der Satz 5 gestrichen.
- 37.** In § 15 Abs. 7 Satz 1 wird der Verweis „(§§ 7 Abs. 7, 8 Abs. 2)“ gestrichen.
- 38.** In § 15 Abs. 7 Satz 2 werden die Worte „der Nutzungszeit“ durch die Worte „Aufgabe des Nutzungsrechts“ ersetzt.
- 39.** In § 19 wird der Satz 3 gestrichen.
- 40.** Die Überschrift des § 20 wird wie folgt geändert:
- „§ 20 Instandhaltung von Grabstellen“
- 41.** § 20 Abs. 2 Satz 2 wird gestrichen.
- 42.** § 23 Abs. 2 wird folgendermaßen gefasst:
- „Für rituelle Waschungen stehen auf dem Stadtfriedhof ein Waschhaus und ein Gebetsplatz zur Verfügung.  
Vor einer Waschung ist ein ausgefüllter und unterschriebener Antrag auf Benutzung des rituellen Waschhauses der Friedhofsverwaltung zur Terminvergabe vorzulegen.  
Leichname dürfen nur gewaschen werden, wenn der Antragsteller den Leichnam und sich selbst zweifelsfrei ausweist. Die Waschung hat zur festgesetzten Zeit zu beginnen und ist innerhalb von maximal zwei Stunden zu beenden. Alle für die Waschung benutzten Räume sind nach der Benutzung abzuschließen und der Schlüssel ist in dem ausgewiesenen Kasten am Waschhaus zu hinterlegen.  
Der Gebetsplatz auf dem Stadtfriedhof dient der Verabschiedung vom Verstorbenen nach durchgeführter Waschung im Waschhaus durch Gebete vor der Bestattung auf einem Friedhof. Für die Aufbahrung auf dem Ablagestein auf dem Gebetsplatz ist der Sarg mit dem Leichnam nicht zu öffnen, es sei denn, es liegt eine Ausnahmegenehmigung der unteren Gesundheitsbehörde vor.  
Die Benutzung des rituellen Waschhauses und des Gebetsplatzes erfolgt auf eigene Gefahr.“
- 43.** § 23 Abs. 4 wird gestrichen.
- 44.** § 24 Abs. 1 wird zu § 24 und wie folgt gefasst:

„Für die Inanspruchnahme der Friedhöfe und deren Einrichtungen sowie der Feierhalle 1 werden Gebühren nach Maßgabe der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) in der jeweils gültigen Fassung erhoben.“

45. § 24 Abs. 2 wird gestrichen.

46. § 27 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

„Ordnungswidrig im Sinne des § 10 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den folgenden Geboten oder Verboten dieser Satzung zuwiderhandelt:

1. § 4 Abs. 2 - Verhalten auf den Friedhöfen
2. § 5 Abs. 1, 6 - 8, 10 - Gewerbetreibende
3. § 6 Abs. 1, 3 - Allgemeines/Beantragung
4. § 7 Abs. 2 - 4, 6 - Erdbestattungen
5. § 9 Abs. 1, 2 - Totenruhe
6. § 10 Abs. 1 - Ausgrabungen
7. § 15 Abs. 7 Satz 2 - Entfernen des Grabmals
8. § 16 Abs. 1, 2 - Gestaltungsgrundsätze, Kunststoffverbot
9. § 17 Abs. 8 - Standsicherheit der Grabmale
10. § 18 Abs. 1, 3 - Zustimmungserfordernis
11. § 21 Abs. 4, 7 - Herrichtung und Pflege der Grabstätte, Pflanzenschutz“

## Artikel II

### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Braunschweig in Kraft.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
i. V.  
(S)

Geiger  
Erster Stadtrat

Vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister  
i. V.

Geiger  
Erster Stadtrat

alt	neu
<b>§ 1 Geltungsbereich, Friedhofszeitweck, Nutzungsberchtigte</b>	
(1) Die Friedhöfe (Stadtfriedhof Helmstedter Straße 38 a, 42 und 54 c und die Friedhöfe ...	(1) Die Friedhöfe (Stadtfriedhof Helmstedter Straße 38 a, 42 und <del>54 c</del> <u>Franz-Frese-Weg 3</u> und die Friedhöfe ... <u>Veltenhof sowie der Reformierte Friedhof</u> ) und die Feierhalle 1, Helmstedter Straße 38 a, sind öffentliche Einrichtungen ...
<b>§ 2 Außerdienststellung und Entwidmung</b>	
(5) Alle Erdgrabstätten nach Abs. 3 und 4 sind von der Stadt kostenfrei in ähnlicher Weise wie die außer Dienst gestellten oder entwidmeten Grabstätten herzurichten. Die Ersatzgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechtes.	(5) Alle Erdg <u>ra</u> bstätten nach Abs. 3 und 4 sind von der Stadt kostenfrei in ähnlicher Weise wie die außer Dienst gestellten oder entwidmeten Grabstätten herzurichten. Die Ersatzgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechtes.
<b>§ 4 Verhalten auf den Friedhöfen</b>	
(2) Auf den Friedhöfen ist es insbesondere nicht gestattet, a) Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, ausgenommen sind Kinderwagen und Rollstühle; Berechtigten nach § 5 ist das Befahren der Wege gestattet,	(2) Auf den Friedhöfen ist es insbesondere nicht gestattet, a) Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, <del>ausgenommen sind Kinderwagen- und Rollstühle; Für</del> Berechtigten nach § 5 <u>gilt dies nicht</u> ist das Befahren der Wege gestattet,
c) an Sonn- und Feiertagen, Sonnabendnachmittagen oder in der Nähe einer Bestattung oder Beisetzung gewerbliche Arbeiten auszuführen, ....	c) an Sonn- und Feiertagen, <del>Sonnabendnachmittagen</del> an <u>Sonnabenden ab 13:00 Uhr</u> oder in der Nähe einer Bestattung oder Beisetzung gewerbliche Arbeiten auszuführen, ....
h) Tiere - ausgenommen Blindenhunde - mitzuführen,	h) Tiere - ausgenommen <u>Blindenhunde ausgebildete Assistenzhunde</u> - mitzuführen,
<b>III. Erd- und Feuerbestattungsvorschriften</b>	<b>III. Erd<u>bestattungs</u> - und Feuer<u>urnenbeisetzungs</u>bestattungsvorschriften</b>
<b>§ 6 Allgemeines</b>	
(1) Erd- und Feuerbestattungen sind unverzüglich bei der Stadt unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen zu beantragen. Anonyme Beisetzungen erfolgen unter Ausschluss der Öffentlichkeit.	(1) Erd- <u>Erd</u> bestattungen und Feuer <u>urnenbeisetzungen</u> bestattungen sind unverzüglich bei der Stadt unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen zu beantragen. <del>Anonyme</del> Beisetzungen <u>im anonymen Urnenhain</u> erfolgen <u>grundsätzlich</u> unter Ausschluss der Öffentlichkeit.
(3) ... Erdbestattungen müssen in der Regel spätestens am vierten Tag nach Eintritt des Todes erfolgen.	(3) ... <del>Erdbestattungen müssen in der Regel spätestens am vierten Tag nach Eintritt des Todes erfolgen.</del> <u>Tage, an denen keine Bestattungen und Beisetzungen vorgenommen werden, sind Sonn- und Feiertage sowie der 24. und 31. Dezember.</u>
(4) Erd- und Feuerbestattungen obliegen unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften der Stadt bzw. den nach § 5 Abs. 1 zugelassenen Bestattungsunternehmen.	(4) <u>Die Durchführung von Erd-Erdbestattungen und Feuerurnenbeisetzungen</u> bestattungen obliegen unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften der Stadt bzw. <del>den nach § 5 Abs. 1 zugelassenen</del> Bestattungsunternehmen.

alt	neu
<b>§ 7 Erdbestattungen</b>	
(3) ... Die Sarggröße beträgt in der Regel 2,1 m x 0,75 m x 0,72 m (Länge x Breite x Höhe).	(3) ... Die Sarggröße beträgt in der Regel 2,1 m x 0,75 m x 0,72 m (Länge x Breite x Höhe). <u>Abweichende Sarggrößen sind rechtzeitig, mindestens drei Tage vor Bestattung, bei der Friedhofsverwaltung anzuzeigen.</u>
(5) Aushub und Wiederverfüllen der Gräber ist Angelegenheit des Fachbereiches Stadtgrün und wird im Auftrage des Nutzungsberechtigten durchgeführt. Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,9 m. Der Abstand zwischen den Gräbern muss mindestens 0,3 m betragen.	(5) Aushub und Wiederverfüllen der Gräber ist Angelegenheit <del>des Fachbereiches Stadtgrün</del> <u>der Friedhofsverwaltung</u> und wird im Auftrage des Nutzungsberechtigten durchgeführt. Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,9 m. Der Abstand zwischen den Gräbern muss mindestens <u>0,4 m</u> <del>0,3 m</del> betragen.
(6) Erdbestattungen müssen innerhalb von 96 Stunden seit dem Eintritt des Todes erfolgen. Tage, an denen in der Stadt keine Bestattungen vorgenommen werden, sind in die Frist nicht einzurechnen.	entfällt
(7) Die Ruhezeit beträgt 25 Jahre. Für Kinderleichen bis zum 5. Lebensjahr beträgt die Ruhezeit 15 Jahre.	entfällt
(8) ....	<del>(8)</del> (6) ....
<b>§ 8 Urnenbeisetzung</b>	<b>§ 8 Urnenbeisetzungen</b>
(1) ... beigesetzt werden. Überurnen aus Kunststoff können zugelassen werden, sofern durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften die Unbedenklichkeit für Beisetzungs Zwecke nachgewiesen wird.	(1) ... beigesetzt werden. <del>Überurnen aus Kunststoff können zugelassen werden, sofern durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften die Unbedenklichkeit für Beisetzungs Zwecke nachgewiesen wird.</del> <u>Urnen und Überurnen mit einer Höhe über 30 cm oder einem Durchmesser mit mehr als 20 cm sind rechtzeitig, mindestens drei Tage vor der Beisetzung, bei der Friedhofsverwaltung anzuzeigen. Bei Urnenbeisetzungen auf dem Reformierten Friedhof sind nur Urnen und Überurnen aus biologisch abbaubarem Material zulässig.</u>
(2) Die Ruhezeit für Urnen beträgt 20 Jahre, in besonders ausgewiesenen Grabfeldern 15 Jahre.	entfällt
(3) ...	<del>(3)</del> (2) ...
(4) Urnen, die drei Monate nach Einäscherung noch nicht beigesetzt sind, werden nach erfolgloser Aufforderung der Beisetzungs pflichtigen im anonymen Urnenhain auf Kosten der Beisetzungs pflichtigen beigesetzt.	entfällt

alt	neu
<b>§ 9 Umbettungen</b>	
(3) Das Ausgraben von Leichen und Urnen bedarf einer behördlichen oder richterlichen Anordnung, soweit es nicht zum Zwecke der Umbettung erfolgt.	entfällt
<b>§ 10 Ausgrabung von Leichen</b>	
(3) Das Ausgraben von Leichen zum Zwecke der Umbettung darf nur bis 14 Tage nach dem Tod, danach frühestens zwei Jahre nach der Beisetzung erfolgen.	entfällt
<b>§ 12 Allgemeines</b>	
(1) ..... Die Wahlmöglichkeit beinhaltet nicht das Vorhalten aller unter Abs. 4 aufgeführten Grabarten auf jedem Friedhof, sondern bezieht sich auf das gesamte Stadtgebiet.	(1) ..... Die Wahlmöglichkeit beinhaltet nicht das Vorhalten aller unter Abs. 4 aufgeführten <u>Erd- und Urnengrabstätten</u> Grabarten auf jedem Friedhof, sondern bezieht sich auf das gesamte Stadtgebiet.
(4) ..... Urnengrabstätten: ..... b) Urnensondergrabstätten ab 1,5 m <sup>2</sup> .....	(4) ..... Urnengrabstätten: ..... b) Urnensondergrabstätten ab 1,5 m <sup>2</sup> ..... g) Urnensondergräber auf dem Reformierten Friedhof
(5) Die Vergabe der Grabstätten erfolgt zum Zwecke der sofortigen Belegung. Mit Ausnahme der Grabart Erdreihengräber kann von der Friedhofsverwaltung ein Vorauserwerb des Nutzungsrechtes zugelassen werden.	entfällt
<b>§ 13 Grabstätten zur Erdbeisetzung</b>	<b>§ 13 Grabstätten zur Erdbestattung Erdbeisetzung</b>
(1) Die Vergabe der Nutzungsrechte an Erdgrabstätten erfolgt auf 25 Jahre. Die Nutzungsrechte bei Wahlgräbern müssen bei nachfolgenden Beisetzungen für die Dauer der gesetzlichen Ruhezeit (§§ 7 Abs. 7, 8 Abs. 2) verlängert werden. Ein Grab kann für die Dauer einer Ruhezeit nur mit einer Leiche belegt werden. Nach jeder Erdbeisetzung auf einem Wahlgrab können nachfolgend auf Antrag bis zu acht Urnenbeisetzungen erfolgen, soweit keine wichtigen Gründe vorliegen, die eine anderweitige Verwendung der Grabstätte rechtfertigen. ... Reihengräber werden nur auf dem Stadtfriedhof angeboten.	(1) Die Vergabe der Nutzungsrechte an Erdgrabstätten erfolgt auf 25 Jahre. Die Nutzungsrechte bei Wahlgräbern müssen bei nachfolgenden <u>Beisetzungen</u> <del>Bestattungen</del> für die Dauer der gesetzlichen Ruhezeit ( <del>§§ 7 Abs. 7, 8 Abs. 2</del> ) verlängert werden. Ein Grab kann für die Dauer <u>der</u> einer Ruhezeit nur mit einer Leiche belegt werden. Nach jeder <u>Erdbestattung</u> <del>beisetzung</del> auf einem Wahlgrab können nachfolgend auf Antrag bis zu acht Urnenbeisetzungen erfolgen, soweit keine wichtigen Gründe <u>entgegenstehen</u> <del>vorliegen</del> , <del>die eine anderweitige</del> <del>Verwendung der Grabstätte rechtfertigen</del> . ... Reihengräber werden nur auf dem Stadtfriedhof angeboten.
(2) Das Nutzungsrecht an Kindergrabstätten (Kinder bis 5. Lebensjahr einschließlich) beträgt 15 Jahre. ...	entfällt

alt	neu
(3) Der Erwerb des Nutzungsrechtes an einer Erdgrabstätte zum Zwecke der Urnenbeisetzung kann von der Friedhofsverwaltung auf Antrag zugelassen werden.	entfällt
(4) Beisetzungen im Erdbestattungshain ...	<del>(4)</del> <u>(2)</u> <del>Beisetzungen</del> <u>Bestattungen</u> im Erdbestattungshain ...
(5) Erdgemeinschaftsgräber sind Grabstätten, auf denen Erdbestattungen anonym durchgeführt werden. Auf Wunsch der Hinterbliebenen kann die Beisetzung im Beisein von Angehörigen durchgeführt werden. Die Grabstätte erhält ein Gemeinschaftsgrabmal mit Schriftplatten mit den Namen der dort Bestatteten. Die Pflege der Grabstätte wird für die Dauer der Ruhezeit (25 Jahre) gewährleistet. ...	<del>(5)</del> (3) Erdgemeinschaftsgräber sind Grabstätten, auf denen Erdbestattungen <del>anonym</del> durchgeführt werden. Auf Wunsch der Hinterbliebenen kann die <u>Bestattung</u> <del>Beisetzung</del> im Beisein von Angehörigen durchgeführt werden. Die Grabstätte erhält ein Gemeinschaftsgrabmal <del>mit Schriftplatten</del> mit den Namen der dort Bestatteten. Die Pflege der Grabstätte wird für die Dauer der <u>Nutzungs</u> <del>Ruhezeit (25 Jahre)</del> gewährleistet. ...
<b>§ 14 Grabstätten zur Urnenbeisetzung</b>	
(1) Urnengrabstätten ... b) Nach der Beisetzung der ersten Urne können auf Antrag weitere Urnen beigesetzt werden (§ 12 Abs. 3), sofern sichergestellt ist, dass das Nutzungsrecht an der Urnengrabstätte nicht vor Ablauf der Ruhefrist (§ 8 Abs. 2) der jeweils zuletzt beigesetzten Urne endet. ...	(1) Urnengrabstätten ... b) Nach der Beisetzung der ersten Urne können auf Antrag weitere Urnen beigesetzt werden (§ 12 Abs. 3), sofern sichergestellt ist, dass das Nutzungsrecht an der Urnengrabstätte nicht vor Ablauf der Ruhefrist ( <del>§ 8 Abs. 2</del> ) der jeweils zuletzt beigesetzten Urne endet. ...
(2) Urnenhain, Urnengemeinschaftsgräber und Urnenruhestätten a) ... Ein Nutzungsrecht entsteht nicht. Im Urnenhain beigesetzte Urnen werden für die Dauer der Ruhefrist (§ 8 Abs. 2) nachgewiesen. b) Urnengemeinschaftsgräber sind Grabstätten, auf denen Urnen anonym beigesetzt werden können. Auf Wunsch der Hinterbliebenen kann die Beisetzung im Beisein von Angehörigen durchgeführt werden. Die Grabstätte erhält ein Gemeinschaftsgrabmal mit Schriftplatten mit den Namen der dort Beigesetzten. ...	(2) Urnenhain, Urnengemeinschaftsgräber und Urnenruhestätten a) ... Ein Nutzungsrecht entsteht nicht. <del>Im Urnenhain beigesetzte Urnen werden für die Dauer der Ruhefrist (§ 8 Abs. 2) nachgewiesen.</del> b) Urnengemeinschaftsgräber sind Grabstätten, auf denen Urnen <del>anonym</del> beigesetzt werden können. Auf Wunsch der Hinterbliebenen kann die Beisetzung im Beisein von Angehörigen durchgeführt werden. Die Grabstätte erhält ein Gemeinschaftsgrabmal <del>mit Schriftplatten</del> mit den Namen der dort Beigesetzten. ...

alt	neu
<b>§ 15 Nutzungsrecht</b>	
(1) Das Nutzungsrecht wird für die Dauer der gesetzlichen Ruhezeit vergeben (§§ 7 Abs. 7, 8 Abs. 2). Ein Vorauserwerb des Nutzungsrechtes kann von der Friedhofsverwaltung zugelassen werden. Die Nutzungsrechte müssen bei nachfolgenden Beisetzungen für die Einhaltung der gesetzlichen Ruhezeit (§§ 7 Abs. 7, 8 Abs. 2) verlängert werden. Die Laufzeiten der Nutzungsrechte beginnen mit dem Tag der Entrichtung der Gebühr. Bei Reihengrabstätten ist ein Vorauserwerb ausgeschlossen. ...	(1) Das Nutzungsrecht wird für die Dauer der gesetzlichen Ruhezeitfrist zum Zwecke der sofortigen Belegung vergeben (§§ 7 Abs. 7, 8 Abs. 2). Eine verkürzte Ruhezeit bzw. ein verkürztes Nutzungsrecht kann unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen im Einzelfall festgelegt werden. Ein Vorauserwerb des Nutzungsrechtes kann bei Wahlgrabstätten von der Friedhofsverwaltung zugelassen werden. Die Nutzungsrechte müssen bei nachfolgenden Beisetzungen für die Einhaltung der gesetzlichen Ruhezeit (§§ 7 Abs. 7, 8 Abs. 2) verlängert werden. Die Laufzeiten der Nutzungsrechte beginnen mit dem Tag der Entrichtung der Gebühr <u>der Bestandskraft des Gebührenbescheides</u> . Bei Reihengrabstätten ist ein Vorauserwerb ausgeschlossen. ...
(2) Das Nutzungsrecht kann in der Regel einmal wiedererworben werden. ... Ein mehrmaliger Wiedererwerb kann von der Friedhofsverwaltung zugelassen werden.	(2) Das Nutzungsrecht kann in der Regel einmal wiedererworben werden. ... Ein mehrmaliger Wiedererwerb kann von der Friedhofsverwaltung zugelassen werden.
(7) Der Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht erst nach Ablauf der gesetzlichen Ruhezeit (§§ 7 Abs. 7, 8 Abs. 2) vor Ablauf der Nutzungszeit aufgeben. Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale und sonstiges Grabzubehör nur durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden. Gebühren werden in diesem Falle nicht zurückerstattet. Die Stadt kann einen Monat nach Aufgabe des Nutzungsrechtes über die Grabstätte frei verfügen. Die auf diesen Grabstätten verbliebenen Anpflanzungen und Grabmale werden seitens der Stadt abgeräumt.	(7) Der Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht erst nach Ablauf der gesetzlichen Ruhezeit (§§ 7 Abs. 7, 8 Abs. 2) vor Ablauf der Nutzungszeit aufgeben. Vor Ablauf der Ruhezeit oder <u>Aufgabe des Nutzungsrechts der Nutzungszeit</u> dürfen Grabmale und sonstiges Grabzubehör nur durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden. Gebühren werden in diesem Falle nicht zurückerstattet. Die Stadt kann einen Monat nach Aufgabe des Nutzungsrechtes über die Grabstätte frei verfügen. Die auf diesen Grabstätten verbliebenen Anpflanzungen und Grabmale werden seitens der Stadt abgeräumt.
<b>§ 19 Anlieferung</b>	
Die Grabmale oder sonstigen baulichen Anlagen sind nach entsprechender Terminvereinbarung so zu liefern, dass sie von der Friedhofsverwaltung überprüft werden können. Einzelheiten hierzu bestimmt die Friedhofsverwaltung. Sie dürfen erst aufgestellt werden, wenn der Grabhügel bzw. das -beet der betreffenden Grabstelle hergerichtet ist.	Die Grabmale oder sonstigen baulichen Anlagen sind nach entsprechender Terminvereinbarung so zu liefern, dass sie von der Friedhofsverwaltung überprüft werden können. Einzelheiten hierzu bestimmt die Friedhofsverwaltung. Sie dürfen erst aufgestellt werden, wenn der Grabhügel bzw. das <del>beet</del> der betreffenden Grabstelle hergerichtet ist.

alt	neu
<b>§ 20 Unterhaltung</b>	<b>§ 20 Unterhaltung Instandhaltung von Grabstellen</b>
(2) Der Nutzungsberechtigte ist für jeden Schaden haftbar, der durch mangelnde Verkehrssicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder durch Abstürzen von Teilen davon verursacht wird. Dieses gilt nicht für die einheitlichen Denkmale und Schriftplatten bei den Reihengrabstätten und Gemeinschaftsgrabstätten mit Kennzeichnung des Grabes durch einheitliches Denkmal.	(2) Der Nutzungsberechtigte ist für jeden Schaden haftbar, der durch mangelnde Verkehrssicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder durch Abstürzen von Teilen davon verursacht wird. <del>Dieses gilt nicht für die einheitlichen Denkmale und Schriftplatten bei den Reihengrabstätten und Gemeinschaftsgrabstätten mit Kennzeichnung des Grabes durch einheitliches Denkmal.</del>
<b>§ 23 Ausschmückung - Musikalische Darbietungen - Aufbahrungen - Rituelle Waschungen</b>	
(2) Für rituelle Waschungen stehen auf dem Stadtfriedhof ein Waschhaus und ein Gebetsplatz zur Verfügung.	(2) Für rituelle Waschungen stehen auf dem Stadtfriedhof ein Waschhaus und ein Gebetsplatz zur Verfügung. <u>Vor einer Waschung ist ein ausgefüllter und unterschriebener Antrag auf Benutzung des rituellen Waschhauses der Friedhofsverwaltung zur Terminvergabe vorzulegen. Leichname dürfen nur gewaschen werden, wenn der Antragsteller den Leichnam und sich selbst zweifelsfrei ausweist. Die Waschung hat zur festgesetzten Zeit zu beginnen und ist innerhalb von maximal zwei Stunden zu beenden. Alle für die Waschung benutzten Räume sind nach der Benutzung abzuschließen und der Schlüssel ist in dem ausgewiesenen Kasten am Waschhaus zu hinterlegen. Der Gebetsplatz auf dem Stadtfriedhof dient der Verabschiedung vom Verstorbenen nach durchgeführter Waschung im Waschhaus durch Gebete vor der Bestattung auf einem Friedhof. Für die Aufbahrung auf dem Ablagestein auf dem Gebetsplatz ist der Sarg mit dem Leichnam nicht zu öffnen, es sei denn, es liegt eine Ausnahmegenehmigung der unteren Gesundheitsbehörde vor. Die Benutzung des rituellen Waschhauses und des Gebetsplatzes erfolgt auf eigene Gefahr.</u>
(4) Die Aufbahrung des Verstorbenen im Feierraum oder im Aufbahrungsraum kann untersagt werden, wenn Bedenken wegen des Zustandes des Leichnams bestehen. Die Aufbahrung des Verstorbenen im Feierraum bedarf einer Ausnahmegenehmigung. Hierzu hat der Amtsarzt seine Zustimmung zu geben. Die Aufbahrung des Verstorbenen kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen, übertragbaren Krankheit gelitten hat.	entfällt

alt	neu
<b>§ 24 Höhe der Gebühren</b>	
(1) Für die Inanspruchnahme der Friedhöfe werden Gebühren nach Maßgabe der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) in der jeweils gültigen Fassung erhoben.	(4) Für die Inanspruchnahme der Friedhöfe <u>und deren Einrichtungen sowie der Feierhalle 1</u> werden Gebühren nach Maßgabe der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) in der jeweils gültigen Fassung erhoben.
(2) Gebühren werden nach der Inanspruchnahme der Friedhöfe nicht mehr zurückerstattet.	entfällt
<b>§ 27 Ordnungswidrigkeiten</b>	
(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 6 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den folgenden Geboten oder Verboten dieser Satzung zuwiderhandelt: 1. § 4 Abs. 2 - Verhalten auf den Friedhöfen 2. § 5 Abs. 1, 6 - 8, 10 - Gewerbetreibende 3. § 6 Abs. 1, 3 - Allgemeines/Beantragung 4. § 7 Abs. 2 - 4, 6, 8 - Erdbestattungen 5. § 9 Abs. 1, 2 - Totenruhe 6. § 10 Abs. 1, 3 - Ausgrabungen 7. § 15 Abs. 7 Satz 2 - Entfernen des Grabmals 8. § 16 Abs. 1, 2 - Gestaltungsgrundsätze, Kunststoffverbot 9. § 17 Abs. 8 - Standsicherheit der Grabmale 10. § 18 Abs. 1, 3 - Zustimmungserfordernis 11. § 21 Abs. 4, 7 - Herrichtung und Pflege der Grabstätte, Pflanzenschutz 12. § 23 Abs. 3 - Aufbahrungen	(1) Ordnungswidrig im Sinne des <del>§ 6 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung</del> <u>§ 10 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes</u> handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den folgenden Geboten oder Verboten dieser Satzung zuwiderhandelt: 1. § 4 Abs. 2 - Verhalten auf den Friedhöfen 2. § 5 Abs. 1, 6 - 8, 10 - Gewerbetreibende 3. § 6 Abs. 1, 3 - Allgemeines/Beantragung 4. § 7 Abs. 2 - 4, <del>6, 8</del> - Erdbestattungen 5. § 9 Abs. 1, 2 - Totenruhe 6. § 10 Abs. <del>1, 3</del> - Ausgrabungen 7. § 15 Abs. 7 Satz 2 - Entfernen des Grabmals 8. § 16 Abs. 1, 2 - Gestaltungsgrundsätze, Kunststoffverbot 9. § 17 Abs. 8 - Standsicherheit der Grabmale 10. § 18 Abs. 1, 3 - Zustimmungserfordernis 11. § 21 Abs. 4, 7 - Herrichtung und Pflege der Grabstätte, Pflanzenschutz <del>12. § 23 Abs. 3 - Aufbahrungen</del>

Absender:

**Heinemann, Jutta - SPD-Fraktion im  
Stadtbezirksrat 213**

TOP 6.1  
**15-01112**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Repräsentationsmittel 2015**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.11.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(Entscheidung)

01.12.2015

Status

Ö

### **Beschlussvorschlag:**

Wir beantragen, dass der Bezirksbürgermeister die Repräsentationsmittel 2015 in verfügbarer Höhe zur Verfügung gestellt bekommt.

### **Sachverhalt:**

Begründung erfolgt mündlich.

gez.

Jutta Heinemann  
Fraktionsvorsitzende

### **Anlagen:**

keine

Absender:

**Meeske, Jürgen - SPD-Fraktion im  
Stadtbezirksrat 213**

TOP 6.2  
**15-01173**  
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Übertragung von Bezirksratshaushaltsmitteln/  
Bürgerhaushaltsmitteln in das Budget 2016 des Bezirkrates 213**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.11.2015

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode  
(Entscheidung)

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

Der Bezirksrat 213 möge in seiner Sitzung am 01.12.2015 beschließen, das restliche Haushaltsmittel und restliche Bürgerhaushaltsmittel 2015 in den nächsten Haushalt (Budget) des Bezirkrates 213 des Jahres 2016 übertragen werden.

**Sachverhalt:**

ggf. sind noch Restmittel 2015 vorhanden, die der Bezirksrat auch im Stadtbezirk einsetzen möchte.

gez. J. Meeske  
Bezirksbürgermeister

**Anlagen:**

keine

Betreff:

**Zufahrtssperren zum Grundstück Dorfgemeindehaus in Mascherode**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.11.2015

Beratungsfolge:

Beratungsfolge:	Datum:	Status:
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Entscheidung)	01.12.2015	Ö

**Beschlussvorschlag:****Beschluss:**

Es wird beantragt, dass die Verwaltung prüft, ob durch eine geeignete Regelung (z. B. wird die Zufahrt im Falle der Vermietung erst einen Tag vor der Veranstaltung gesperrt) ein Kompromiss zwischen den Interessen gefunden werden kann und bitten im Fall, dass eine solche Regelung definiert werden kann, um deren Umsetzung.

**Sachverhalt:**

Sicherlich ist es richtig, dass das Grundstück des Dorfgemeindehauses in Mascherode zum Parken genutzt wird und es zu Interessenkonflikten mit den Mietern des Bürgersaales kommt. Durch die Zufahrtssperren wird der Parkraum in diesem Gebiet jedoch noch knapper; auch der kurzzeitige Besuch des Blumenstübchens, die Konsultation der Recyclingtonnen, der Besuch des Altenkreises und anderer Veranstaltungen werden erschwert, und dies zu Zeiten, in denen es gar nicht zu Konflikten mit Mietern kommen kann.

Wir beantragen daher, dass die Verwaltung prüft, ob durch eine geeignete Regelung (z. B. wird die Zufahrt im Falle der Vermietung erst einen Tag vor der Veranstaltung gesperrt) ein Kompromiss zwischen den Interessen gefunden werden kann und bitten im Fall, dass eine solche Regelung definiert werden kann, um deren Umsetzung.

gez. D. Stülzebach

**Anlage/n:**

keine

Betreff:

**Umgang mit politischen Gremien**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.11.2015

Beratungsfolge:

Beratungsfolge:	Datum:	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Entscheidung)	01.12.2015	Ö

**Beschlussvorschlag:****Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Stadtbezirksrat intensiver zu nutzen.

**Sachverhalt:**

Leider drängt sich der Eindruck auf, dass die Verwaltung bei einigen Vorhaben, wie z. B. die Gestaltung des Verkehrskonzeptes für unseren Stadtbereich, die Nutzungsplanung der ehemaligen Kaserne Heinrich d. Löwe oder auch bei eher "banalen" Informationen zu Sachverhalten, wie es z. B. zu den Zufahrtssperren zum Grundstück Dorfgemeindehaus in Mascherode gekommen ist, das politische Gremium des Bezirksrates eher nachträglich informiert als bei der Gestaltung mit einbindet.

Sicherlich ist es sinnvoll, bei erforderlichen Maßnahmen möglichst weitgehende Vorarbeiten zu betreiben, dabei Vor- und Nachteile verwaltungsintern weitgehend abzuwägen und Umsetzungswege zu definieren; sinnvoll ist es in vielen Fällen aber auch, durch die Mitarbeit und Unterstützung des Stadtbezirksrates frühzeitig von den Wünschen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfahren, diese in Planungen einzubeziehen und Akzeptanz dadurch vorzubereiten; auch, um unnötige Um- oder Nacharbeitungen oder gar Verstimmung zu vermeiden.

Daher wünschen wir uns, dass die Verwaltung dieses Angebot der konstruktiven Zusammenarbeit intensiver nutzt als es bisher der Fall war.

gez. D. Stülzebach

**Anlage/n:**

keine